



Herausgegeben
von der Pressestelle
der Evangelischen
Kirche in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover
Tel.: (0511) 2796-268/269/265/267
Fax: (0511) 2796-777

Originaltext

Brief des Erzbischofs von Canterbury, Rowan Williams, des Erzbischofs der Kirche von Schweden, Anders Weiryd, und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, an den Vorsitzenden des Europäischen Rates, Präsident Nicolas Sarkozy, 8. Dezember 2008

Vorläufige Übersetzung

Im Vertrauen auf Gott, den Schöpfer des Himmels und der Erde, und im lebendigen Glauben an Christus rufen wir unsere Regierungen auf, ihren Einsatz hinsichtlich der Herausforderung durch den Klimawandel zu verstärken, einer Herausforderung, die das Gedeihen der Welt gefährdet, die der Ort von Gottes erlösender Herrlichkeit ist. Wir schreiben mit Blick auf den Europäischen Rat am 11. und 12. Dezember 2008 und bitten Sie dringend, sicher zu stellen, dass die Bemühungen um den Klimaschutz durch die Suche nach kurz- und mittelfristigen Lösungen für augenblickliche wirtschaftliche Probleme nicht an den Rand gedrängt werden.

Als die Regierungen die Klimaschutzziele der Europäischen Union im März 2007 verkündeten, haben wir die internationale Führungsrolle begrüßt, die die EU übernommen hatte, auch wenn wir den Eindruck hatten, dass die formulierten Ziele zur Reduzierung der Abgasemissionen den vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen noch nicht in ausreichendem Maße Rechnung trugen. Wir haben auch das Klimaschutzpaket der Europäischen Kommission vom Januar 2008 als deutliches Zeichen der EU begrüßt, diese Ziele erfüllen zu wollen, auch wenn wir in der Folge darauf gedrängt haben, dass bestimmte Elemente noch verstärkt werden müssten.

Das endgültige Gesetzespaket, das im Dezember verabschiedet werden soll, muss im Blick auf seine ökologische Effizienz beurteilt werden, sowie im Blick darauf, in welchem Ausmaß es die notwendigen Neuerungen im Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise mit niedrigem CO₂-Ausstoß befördert. Dieser Übergang muss auf einem gemeinsamen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der Umwelt basieren. Dies setzt eindeutig die Erkenntnis voraus, dass Gottes Schöpfung vielfältig vernetzt und wechselseitig voneinander abhängig ist, wie an der Beziehung der Menschheit zur Umwelt zu sehen ist.

Ein erfolgreiches Resultat der Verhandlungen im Europäischen Rat ist eine Vorbedingung für ein stabiles und gerechtes Abkommen für die Zeit nach 2012, das in Kopenhagen im Dezember 2009 erreicht werden soll. Das lässt sich gegenwärtig an den laufenden Verhandlungen der Weltklimakonferenz (COP 14) in Posen ablesen. Durch Gespräche mit unseren Partnerkirchen in aller Welt, von denen viele die Realität des Klimawandels tagtäglich als bedrängend erleben, wissen wir, dass Europas Schritte aufmerksam beobachtet werden. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden entscheidend sein, wenn der Ehrgeiz von Regierungen und Gesellschaften wie den USA, China und Indien geweckt werden soll. Wir sind deswegen besorgt, dass in dem Moment, in welchem die globalen Klimaschutzverhandlungen einen kritischen Punkt erreichen, Europa die derzeitige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu benutzen scheint, um Schlüsselemente seines eigenen Klimaschutzpaketes abzuschwächen.

Wir sind besorgt, dass mehrere Regierungen bestrebt sind, die Anrechenbarkeit von CO₂-Reduktionsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu erhöhen, statt ihre eigenen Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Wir glauben, dass dieses Verfahren lediglich die Zunahme der CO₂-Emissionen der EU ausgleichen, aber keinesfalls zu einer Netto-Reduktion der globalen Emissionen führen würde. Die Anrechenbarkeit von CO₂-Reduktionsmaßnahmen in Entwicklungsländern muss die Verminderung der heimischen Emissionen ergänzen und darf sie nicht ersetzen. Nur wenn die EU ihre Bereitschaft zu einer drastischen Senkung ihrer eigenen CO₂-Emissionen durch zielgerichtetes Handeln unter Beweis stellt, wird sie Entwicklungs- und Schwellenländer davon überzeugen können, ihre eigenen Emissionen zu stabilisieren und – in angemessener Zeit – schließlich zu reduzieren.

Wie der Europäische Rat diese Frage klärt, wird von vielen als Weichenstellung bezüglich der Frage angesehen werden, wie die EU das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung versteht und wie sie sich für dieses Leitbild einsetzt. Die Herausforderung, das Wirtschaftswachstum wieder zu beleben, kann nicht unabhängig von den Herausforderungen betrachtet werden, nachhaltige Entwicklung zu fördern. Es geht nicht um eine Wahl zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutz. Der Einsatz für Öko-Gerechtigkeit (öko-logisch und öko-nomisch) umfasst beides. Unser wirtschaftliches und unser ökologisches Schicksal sind untrennbar miteinander verbunden. Nachhaltig zu arbeiten für das weltweite Gemeinwohl und Gottes Schöpfung zu bewahren sind keine Alternativen – es meint ein und dasselbe. Anders zu handeln und zu denken ist weder „gemeinschaftlich“ noch „gut“.

Wir wissen heute, dass das globale Wirtschaftswachstum der vergangenen fünfzig Jahre begleitet war von einer wachsenden Umweltverschmutzung und einer zunehmenden Belastung des Klimas. Die Finanzmarkt-, Ernährungs- und Treibstoffkrisen von 2008 legen nahe, dass die vorherrschenden Wirtschaftsmodelle des 20. Jahrhunderts ihre Grenzen haben, wenn man sie in einer globalen Perspektive betrachtet. Die neue Herausforderung besteht darin zu lernen, im Rahmen der Möglichkeiten unseres Planeten zu leben; wir müssen uns dieser Herausforderung mit Realitätssinn, einem Sinn für Gerechtigkeit und einer nüchternen Einschätzung des Erbes stellen, das wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen.

Wir unterstützen die Analyse, die das Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen „Global Green New Deal“ vom Oktober 2008 bestätigt. Die Neuausrichtung der Weltwirtschaft auf Investitionen in „saubere“ Technologien und in natürliche Elemente der Infrastruktur wie Wälder und Böden bietet viel versprechende Möglichkeiten eines realen und zugleich nachhaltigen Wachstums: den Klimawandel zu bekämpfen und einen Boom auf dem Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts zu erreichen. Die Annahme, dass der Umweltschutz beachtliche wirtschaftliche Erträge ebenso wie ökologische Gewinne hervorbringt, wird von Europas eigenen ökologisch orientierten Branchen untermauert, die laut der Europäischen Kommission (Januar 2008) derzeit einen Umsatz von 227 Milliarden Euro und 3,4 Millionen Arbeitsplätze vorweisen können.

Die gegenwärtige Finanzmarktkrise und die wirtschaftliche Rezession stellen weniger eine Bedrohung als vielmehr eine historische Chance dar, heute die kohlenstoffarme Wirtschaft von morgen auf den Weg zu bringen. Wir fühlen uns ermutigt, weil der designierte US-Präsident Barack Obama auf diese Herausforderung mit der Ankündigung reagiert hat, 75 Milliarden US-Dollar zu investieren, um bis 2020 fünf Millionen neue Arbeitsplätze in der „grünen Industrie“ zu schaffen, als Teil eines größeren Paketes an Maßnahmen gegen den Klimawandel. Obwohl dieses Versprechen noch umgesetzt werden muss, dürfen Europas Regierungen nicht davor zurückschrecken, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Eine Verständigung darüber, wie die beachtlichen Einkünfte aus der Versteigerung von Emissionsrechten, wie sie das überarbeitete Emissionshandelssystem vorsieht, verteilt oder zugewiesen werden sollen, muss noch erzielt werden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen

muss die Glaubwürdigkeit und die Leistungsfähigkeit der EU stärken. Wir schlagen vor, dass die Einkünfte genutzt werden, um Europas Weg in eine kohlenstoffarme Wirtschaft voranzutreiben und Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und zur Anpassung an den Klimawandel international zu unterstützen, vor allem in den Entwicklungsländern. In dieser Hinsicht ist es entscheidend, dass Europas Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft die Entwicklung vieler der ärmsten Länder unterstützt, anstatt zu ihrer weiteren Verelendung beizutragen.

Wir sehen, dass sich der Europäische Rat in Brüssel enormen Herausforderungen gegenüber sieht. Um den Erfordernissen der Wettbewerbsfähigkeit und des Klimawandels gerecht zu werden, ist ein radikaler Wandel des Verständnisses wirtschaftlicher Modelle und der Art und Weise notwendig, wie wir über Wirtschaftswachstum denken. In der öffentlichen Meinung in Europa rangiert der Klimawandel beständig ganz oder fast ganz oben auf der Liste der Prioritäten. Wir glauben daher, dass die Menschen an einen solchen Wandel glauben und ihn unterstützen können. Seien Sie versichert, dass wir in diesem kritischen Augenblick mit unseren Gedanken und Gebeten bei Ihnen und den anderen Regierungschefs sein werden.

Für die Richtigkeit:

Pressestelle der EKD
Silke Römhild
Hannover, 9. Dezember 2008